

No. 48812*

**Austria, Germany
and
Switzerland**

Trilateral Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany, the Government of the Republic of Austria and the Government of the Swiss Confederation on cooperation in the field of film (with annex). Berlin, 11 February 2011

Entry into force: *23 June 2011, in accordance with article 14*

Authentic text: *German*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Austria, 3 August 2011*

Note: *See also annex A, No. 48812.*

**No UNTS volume number has yet been determined for this record. The Text(s) reproduced below, if attached, are the authentic texts of the agreement /action attachment as submitted for registration and publication to the Secretariat. For ease of reference they were sequentially paginated. Translations, if attached, are not final and are provided for information only.*

**Autriche, Allemagne
et
Suisse**

Accord trilatéral entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de la Confédération suisse sur la coopération dans le domaine du cinéma (avec annexe). Berlin, 11 février 2011

Entrée en vigueur : *23 juin 2011, conformément à l'article 14*

Texte authentique : *allemand*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Autriche, 3 août 2011*

Note : *Voir aussi annexe A, No. 48812.*

** Numéro de volume RTNU n'a pas encore été établie pour ce dossier. Les textes reproduits ci-dessous, s'ils sont disponibles, sont les textes authentiques de l'accord/pièce jointe d'action tel que soumises pour l'enregistrement et publication au Secrétariat. Pour référence, ils ont été présentés sous forme de la pagination consécutive. Les traductions, s'ils sont inclus, ne sont pas en form finale et sont fournies uniquement à titre d'information.*

[GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND]

Trilaterales Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Zusammenarbeit im Bereich Film

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Regierung der Republik Österreich und die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft - im Folgenden „Vertragsparteien“ genannt -

in dem Bewusstsein, dass audiovisuelle Gemeinschaftsproduktionen einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Filmindustrie sowie für die Zunahme des wirtschaftlichen und kulturellen Austausches zwischen den drei Staaten leisten können,

geleitet von dem Wunsch, den besonders engen Beziehungen zwischen den drei Staaten durch eine Erleichterung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Films Ausdruck zu verleihen und zu befördern,

im Wunsch, die Gemeinschaftsproduktion von Filmen, die dem Filmschaffen in den drei Staaten förderlich sein können, im bilateralen und trilateralen Verhältnis besonders zu begünstigen, sowie

unter Berücksichtigung der Besonderheiten, die sich aus den unterschiedlichen Marktgrößen der drei Staaten innerhalb eines einheitlichen Sprachgebietes ergeben,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand

Die Vertragsparteien werden Filme, die primär zur Aufführung in Filmtheatern bestimmt sind und die zwischen Produzenten der Vertragsparteien in bilateraler oder trilateraler Gemeinschaftsproduktion hergestellt werden, im Rahmen des jeweils geltenden innerstaatlichen Rechts nach den Bestimmungen dieses Abkommens behandeln.

Artikel 2

Anerkennung und Verfahren

(1) Filme, die im Rahmen dieses Abkommens hergestellt worden sind, werden als inländische Filme angesehen.

(2) Beihilfen und sonstige finanzielle Vorteile, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei gewährt werden, erhält der jeweilige Gemeinschaftsproduzent nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts.

(3) Gemeinschaftsproduktionen, auf die dieses Abkommen Anwendung finden soll, bedürfen der Anerkennung durch die zuständigen Behörden der Vertragsparteien im gegenseitigen Einvernehmen.

(4) Der Antrag auf Anerkennung einer Gemeinschaftsproduktion ist unter Beachtung der im Anhang enthaltenen Durchführungsbestimmungen bei den jeweils zuständigen Behörden zu stellen. Die zuständigen Behörden sind:

- a) in der Bundesrepublik Deutschland: das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) und die Filmförderungsanstalt (FFA),
- b) in Österreich: das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend,
- c) in der Schweiz: das Bundesamt für Kultur.

(5) Die Anerkennung gilt vorbehaltlich der abkommenskonformen Herstellung des in Gemeinschaftsproduktion produzierten Films.

Artikel 3

Anforderungen an die Gemeinschaftsproduzenten

(1) Die für eine Gemeinschaftsproduktion vorgesehenen Vergünstigungen werden Gemeinschaftsproduzenten gewährt, die von den jeweils zuständigen Behörden der Vertragsparteien anerkannt sind, weil sie über eine geeignete technische und finanzielle Organisation sowie über ausreichende Berufsqualifikation und Berufserfahrung verfügen.

(2) Um in den Genuss der Vorteile dieses Abkommens zu gelangen, müssen die Gemeinschaftsproduzenten die jeweiligen nationalen Bestimmungen erfüllen.

Artikel 4

Mindestbeteiligung bei Gemeinschaftsproduktionen

(1) Die Beteiligung der Gemeinschaftsproduzenten setzt sich aus finanziellen, künstlerischen und technischen Beiträgen zusammen. Der künstlerische und technische Beitrag jedes Gemeinschaftsproduzenten entspricht grundsätzlich seinem finanziellen Beitrag.

(2) Die jeweilige Mindestbeteiligung an den Herstellungskosten des Films beträgt in der Regel 20 vom Hundert.

(3) Ausnahmsweise und im Einverständnis aller beteiligten Vertragsparteien kann eine Mindestbeteiligung von jeweils 10 vom Hundert zugelassen werden.

Artikel 5

Finanzielle Gemeinschaftsproduktionen

Gemeinschaftsproduktionen mit ausschließlicher finanzieller Beteiligung eines oder mehrerer Gemeinschaftsproduzenten können als Gemeinschaftsproduktionen nach diesem Abkommen anerkannt werden, wenn die finanzielle Beteiligung dieser Gemeinschaftsproduzenten jeweils nicht weniger als 10 vom Hundert und nicht mehr als 20 vom Hundert der Produktionskosten beträgt.

Artikel 6

Ausgewogenheit zwischen den Vertragsparteien

(1) Es soll ein Gleichgewicht sowohl hinsichtlich der künstlerischen und technischen Beteiligungen als auch hinsichtlich der finanziellen Beteiligungen der Vertragsparteien hergestellt werden. Bei Untersuchung des Gleichgewichtes ist insbesondere auch auf die Ausgewogenheit zwischen den Vertragsparteien hinsichtlich finanzieller Gemeinschaftsproduktionen zu achten.

(2) Die zuständigen Behörden der jeweiligen Vertragsparteien stellen eine Übersicht über sowohl die in Gemeinschaftsproduktion und in finanzieller Gemeinschaftsproduktion hergestellten Filme, als auch über die Zusagen für Gemeinschaftsproduktionen und finanzielle Gemeinschaftsproduktionen, zusammen. Dabei werden folgende Parameter berücksichtigt:

- a) Finanzielle, künstlerische und technische Beteiligung der jeweiligen Gemeinschaftsproduzenten an Gemeinschaftsproduktionen;
- b) Finanzielle Beteiligung der jeweiligen Gemeinschaftsproduzenten an finanziellen Gemeinschaftsproduktionen;
- c) Staatliche Beihilfen und sonstige finanzielle Vorteile der Vertragsparteien an Gemeinschaftsproduktionen und finanzielle Gemeinschaftsproduktionen.

(3) Die Gemischte Kommission untersucht im Rahmen ihrer Sitzungen gemäß Artikel 13 dieses Abkommens, ob dieses Gleichgewicht eingehalten wurde, und ergreift, wenn dies nicht der Fall ist, die Maßnahmen, die sie für dessen Wiederherstellung als notwendig erachtet.

Artikel 7

Anforderungen an die an der Herstellung beteiligten Personen

(1) Die an der Herstellung eines Films Beteiligten müssen folgendem Personenkreis angehören:

in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

- Deutsche im Sinne des Grundgesetzes,
- Personen, die dem deutschen Kulturkreis angehören und ihren ständigen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben,
- Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union,
- Staatsangehörige eines anderen Vertragsstaates des Abkommens vom 2. Mai 1992 über den Europäischen Wirtschaftsraum,
- Staatsangehörige der Schweizerischen Eidgenossenschaft, soweit sie aufgrund des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren

Mitgliedsstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit vom 21. Juni 1999 Staatsangehörige eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union gleichgestellt sind.

in Bezug auf die Republik Österreich:

- Staatsangehörige der Republik Österreich,
- Personen, die zum zeitlich unbeschränkten Aufenthalt im Bundesgebiet und zur Arbeitsaufnahme in der Republik Österreich berechtigt sind,
- Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union,
- Staatsangehörige eines anderen Vertragsstaates des Abkommens vom 2. Mai 1992 über den Europäischen Wirtschaftsraum,
- Staatsangehörige der Schweizerischen Eidgenossenschaft, soweit sie aufgrund des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedsstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit vom 21. Juni 1999 Staatsangehörige eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union gleichgestellt sind.

in Bezug auf die Schweizerische Eidgenossenschaft:

- Staatsangehörige der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
- Inhaber einer Niederlassungsbewilligung in der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
- Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Mitgliedstaates der Europäischen Freihandelsassoziation.

(2) Können Personen nach diesen Bestimmungen mindestens zwei Vertragsparteien zugerechnet werden, so haben sich die Gemeinschaftsproduzenten über die Zuordnung zu einigen. Kommt es zu keiner Einigung, so werden diese Personen dem Staat jenes Gemeinschaftsproduzenten zugeordnet, der sie vertraglich verpflichtet.

(3) Die Mitwirkung von Personen, die nicht die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllen, kann ausnahmsweise und unter Berücksichtigung der Anforderungen des Films im Einvernehmen der zuständigen Behörden der Vertragsparteien zugelassen werden. Für Regisseure und Produzenten sind keine Ausnahmen möglich.

Artikel 8

Rechte an den Filmen

(1) Jeder Gemeinschaftsproduzent wird Miteigentümer des Originalnegativs (Bild und Ton). Außerdem hat jeder Gemeinschaftsproduzent Anspruch auf Kopierausgangsmaterialien wie Internegativ, Tonnegativ und dergleichen in der Fassung seiner eigenen Sprache. Das Ziehen eines Internegativs oder vergleichbaren digitalen Mastermaterials für eine andere Sprache als die der Vertragsparteien bedarf des Einvernehmens der Gemeinschaftsproduzenten.

(2) Von der Endfassung des Films wird eine Original- oder Synchronfassung in einer der jeweiligen Landessprachen hergestellt, welche erforderlichenfalls deutsch zu untertiteln ist. Jede Fassung kann Dialoge in einer anderen Sprache enthalten, soweit dies nach dem Drehbuch vorgesehen ist.

Artikel 9

Nennung der Gemeinschaftsproduktionen und Vorführungen auf Filmfestspielen

(1) Titelnachspann oder Vorspann eines in Gemeinschaftsproduktion hergestellten Films muss den Hinweis enthalten, dass es sich um eine Gemeinschaftsproduktion der Gemeinschaftsproduzenten der beteiligten Vertragsparteien handelt.

(2) In der Regel wird ein in Gemeinschaftsproduktion hergestellter Film auf Filmfestspielen als Beitrag des Mehrheitsproduzenten oder desjenigen Produzenten vorgeführt, der den Regisseur stellt. Einvernehmlich kann der Film auch als Beitrag mehrerer Gemeinschaftsproduzenten zur Vorführung gelangen.

Artikel 10

Gemeinschaftsproduktionen mit Produzenten aus weiteren Staaten

(1) Die zuständigen Behörden können auch Filme als Gemeinschaftsproduktionen anerkennen, die von Gemeinschaftsproduzenten der Vertragsparteien unter Beteiligung von Produzenten aus weiteren Staaten hergestellt werden, mit welchen eine der beteiligten Vertragsparteien Vereinbarungen über Gemeinschaftsproduktionen abgeschlossen hat.

(2) Die Zulassungsbedingungen solcher Filme müssen vor Drehbeginn von Fall zu Fall von den zuständigen Behörden geprüft werden.

Artikel 11

Gegenseitige Information

Die zuständigen Behörden unterrichten einander regelmäßig über Fragen im Zusammenhang mit der Erteilung, Ablehnung, Änderung oder Rücknahme von Anerkennungen für die Gemeinschaftsproduktionen.

Artikel 12

Förderung der Verbreitung von Filmen aus dem Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten

Die Vertragsparteien bekräftigen ihren Willen, in jedem der Länder der Vertragsparteien die Verbreitung und Auswertung der Filme aus dem jeweils anderen Land im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen.

Artikel 13

Gemischte Kommission

(1) Es wird eine Gemischte Kommission aus Vertretern der Regierungen, der zuständigen Behörden unter Teilnahme der nationalen Förderinstitutionen sowie der betroffenen Fachkreise der Vertragsparteien eingesetzt. Die Kommission tritt grundsätzlich alle zwei Jahre abwechselnd auf Einladung einer der drei Vertragsparteien zusammen, um die Anwendung dieses Abkommens insbesondere hinsichtlich Art. 6 regelmäßig zu überprüfen und gegebenenfalls Änderungen vorzuschlagen. Die Gemischte Kommission kann auch Vorschläge und Initiativen erörtern, die die weitere Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Films fördern.

(2) Auf Ersuchen einer der Vertragsparteien wird die Gemischte Kommission von dieser innerhalb von drei Monaten zu einem Treffen einberufen.

Artikel 14

Schlussbestimmungen

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Verwahrer des Abkommens ist die Regierung der Republik Österreich. Dieses Abkommen tritt 30 Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien dem Verwahrer mitgeteilt haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend für die Berechnung der Frist ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung. Der Verwahrer notifiziert den Vertragsparteien das Datum des Inkrafttretens.

(3) Die zwischen den Vertragsparteien geschlossenen bilateralen Abkommen über die Gemeinschaftsproduktion von Filmen erlöschen, sobald dieses Abkommen in Kraft tritt.

(4) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen. Das Abkommen tritt ein Jahr ab dem Tag des Eingangs der Kündigung, die gegenüber den beiden anderen Vertragsparteien ausgesprochen werden muss, für alle Vertragsparteien außer Kraft.

(5) Das Außerkrafttreten dieses Abkommens berührt nicht die Fertigstellung von Gemeinschaftsproduktionen und finanziellen Gemeinschaftsproduktionen, die vor dem Außerkrafttreten anerkannt wurden.

(6) Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von dem Verwahrer des Abkommens veranlasst. Die anderen Vertragsparteien werden unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Geschehen zu Berlin am 11. Februar 2011 in drei Urschriften, in deutscher Sprache.

Für die Regierung der
Bundesrepublik Deutschland:

Cornelia PIEPER
Bernd NEUMANN

Für die Regierung der
Republik Österreich:

Claudia SCHMIED

Für die Regierung der
Schweizerischen Eidgenossenschaft:

Didier BURKHALTER

Anhang zum Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Zusammenarbeit im Bereich Film

Verfahrensregeln für die Beantragung der Anerkennung einer Gemeinschaftsproduktion nach diesem Abkommen

1. Antrag auf Anerkennung:

Die Gemeinschaftsproduzenten der Vertragsparteien müssen, um in den Genuss der Bestimmungen des Abkommens zu gelangen, das Gesuch um Anerkennung als Gemeinschaftsproduktion nach folgenden Modalitäten einreichen:

- a) für Gemeinschaftsproduktionen (nach Art. 4 (1) und (2)): vier Wochen vor Beginn der Dreharbeiten an ihre jeweils zuständige Behörde.
- b) für Gemeinschaftsproduktionen mit einer Minderheitsbeteiligung unter 20% (nach Art. 4 (3)) und für Kofinanzierungen (nach Art. 5): 2 Monate vor Beginn der Dreharbeiten an ihre jeweils zuständige Behörde.

2. Antragsdossier:

Diesem Antrag sind insbesondere folgende Unterlagen beizufügen:

- ein detailliertes Drehbuch oder ein anderes Manuskript, das über den geplanten Stoff und seine Gestaltung ausreichend Aufschluss gibt;
- die Stab- und Besetzungslisten mit Kennzeichnung der Tätigkeiten beziehungsweise Rollen und der Staatsangehörigkeit der Mitwirkenden;
- ein Nachweis über den Erwerb oder den möglichen Erwerb der Autorenrechte an Stoff und Drehbuch;
- der vorbehaltlich der Zustimmung durch die Behörden abgeschlossene Gemeinschaftsproduktionsvertrag zwischen den Gemeinschaftsproduzenten, welcher Auskunft über die vorgesehene Aufteilung der Erlöse/Auswertungsbereiche gibt, wobei die Einnahmen aus allen Verwertungsarten entsprechend der finanziellen Beteiligung eines jeden Gemeinschaftsproduzenten aufzuteilen und im Falle der Abgrenzung von Auswertungsgebieten und -bereichen die Marktgröße und der Wert zu berücksichtigen sind;
- die Regelung über die jeweilige Beteiligung der Gemeinschaftsproduzenten an etwaigen Mehrkosten. Die Beteiligung an den Mehrkosten muss grundsätzlich dem jeweiligen finanziellen Beitrag entsprechen, jedoch kann die Beteiligung des Minderheitsproduzenten auf einen geringeren Prozentsatz oder einen bestimmten Betrag beschränkt werden;
- der Kostenvoranschlag und ein detaillierter Finanzierungsplan;
- eine Übersicht über den technischen Beitrag der beteiligten Vertragsparteien;
- eine Übersicht über den künstlerischen Beitrag der beteiligten Vertragsparteien;
- ein Arbeitsplan mit Angabe der voraussichtlichen Drehorte für die Herstellung des Films.

3. Entscheidungen der Behörden:

Die Behörden können darüber hinaus für die Beurteilung des Vorhabens notwendige Unterlagen und Erläuterungen anfordern.

Die Behörden der Staaten der Gemeinschaftsproduzenten mit finanzieller Minderheitsbeteiligung können ihre Zustimmung erst erteilen, nachdem sie die entsprechende Stellungnahme der Behörde des Staates des Gemeinschaftsproduzenten mit finanzieller Mehrheitsbeteiligung erhalten haben. Die im Staat des Mehrheitsproduzenten zuständige Behörde teilt ihren Entscheidungsvorschlag grundsätzlich innerhalb von zwanzig Tagen, gerechnet von der Einreichung der vollständigen Unterlagen, den zuständigen Behörden der Staaten der Minderheitsproduzenten mit. Diese sollen ihrerseits ihre Stellungnahmen grundsätzlich innerhalb der folgenden sieben Tage übermitteln.

Nachträgliche Änderungen des Gemeinschaftsproduktionsvertrags sind den zuständigen Behörden unverzüglich zur Zustimmung vorzulegen.

Die Anerkennung kann mit Bedingungen und Auflagen versehen werden, die sicherstellen, dass die Bestimmungen des Abkommens eingehalten werden.

[TRANSLATION – TRADUCTION]

TRILATERAL AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY, THE GOVERNMENT OF THE
REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE GOVERNMENT OF THE SWISS
CONFEDERATION ON CO-OPERATION IN THE FIELD OF FILM

The Government of the Federal Republic of Germany, the Government of the Republic of Austria and the Government of the Swiss Confederation, hereinafter referred to as “Contracting Parties”,

Aware that audio-visual co-productions can make an important contribution to the development of the film industry and to the increase of the economic and cultural exchange between the three states,

Guided by the desire to give expression to and to promote the particularly close ties among the three states by facilitating the co-operation in the field of film,

Desiring especially to favour through the bilateral and trilateral relationship the co-production of films that can promote film production in the three states, and

Taking into account the particular qualities that arise from the different market size of each of the three states within a single language region,

Have agreed as follows:

Article 1. Purpose

The Contracting Parties shall treat films, which are primarily destined for screening within cinemas, and which are made among producers of the Contracting Parties as bilateral or trilateral co-productions, in accordance with the provisions of this Agreement and within the framework of their respective domestic legislation.

Article 2. Approval and procedures

- (1) Films produced under this Agreement shall be regarded as national films.
- (2) The respective co-producer shall receive such subsidies and other financial benefits as are provided in the territory of a Contracting Party, in accordance with the respective domestic legislation.
- (3) Co-productions to which this Agreement applies shall be subject to mutually agreed approval by the competent authorities of the Contracting Parties.
- (4) The request for approval of a co-production shall be submitted to the respective competent authorities, in accordance with the implementation provisions contained in the annex. The competent authorities shall be:
 - a) in the Federal Republic of Germany: the Federal Office of Economics and Export Control (BAFA) and the German Federal Film Board (FFA),
 - b) in Austria: the Federal Ministry of Economy, Family and Youth,

c) in Switzerland: the Federal Office for Culture.

(4) Approval shall be granted on condition that the co-produced film is produced in accordance with this Agreement.

Article 3. Requirements for co-producers

(1) The benefits intended for a co-production shall be granted to co-producers who are recognised by the respective competent authorities for possessing a good technical and financial organisation, as well as adequate professional qualifications and experience.

(2) In order to be afforded the privileges of this Agreement, the co-producers must fulfil the respective domestic provisions.

Article 4. Minimum financial participation in co-productions

(1) The participation of the co-producers comprises financial, artistic and technical contributions. The artistic and technical contribution of each co-producer shall in principle be in proportion to his financial contribution.

(2) The respective minimum participation in the production costs of the film shall as a rule amount to 20 percent.

(3) In exceptional cases, and by agreement of all the Contracting Parties involved, a minimum participation of 10 percent respectively can be allowed.

Article 5. Financial co-productions

Co-productions with the exclusively financial participation of one or more co-producers can be approved as co-productions in accordance with this Agreement, provided that the financial participation of each of these co-producers comprises not less than 10 percent and not more than 20 percent of the production costs.

Article 6. Balance among the Contracting Parties

(1) A balance shall be achieved with regard both to the artistic and technical participations, and to the financial participations of the Contracting Parties. In examining the balance, particular attention shall be paid to the balance between the Contracting Parties with regard to financial co-productions.

(2) The competent authorities of the respective Contracting Parties shall draw up an overview both of the films produced in co-production and in financial co-production, and of the approvals of co-productions and financial co-productions. The following parameters shall be taken into account:

a) The financial, artistic and technical participation of the respective co-producers in co-productions;

b) The financial participation of the respective co-producers in financial co-productions;

c) State subsidies and other financial benefits of the Contracting Parties for co-productions and financial co-productions.

(3) The Joint Commission shall examine within the framework of its sessions, in accordance with Article 13 of this Agreement, whether this balance has been maintained and, in case of the contrary, shall take such measures as it deems necessary to re-establish such balance.

Article 7. Requirements for persons involved in production

(1) The participants in the making of a film must belong to the following categories of people:

With regard to the Federal Republic of Germany:

Germans in the sense of the Basic Law,

Persons who belong to the German cultural sphere and whose place of permanent residency is in the Federal Republic of Germany,

Nationals of another member state of the European Union,

Nationals of another contracting state of the Agreement of 2 May 1992 concerning the European Economic Area (EEA Agreement),

Nationals of the Swiss Confederation, to the extent that, on the basis of the Agreement between the European Community and its member states, of the one part, and the Swiss Confederation, of the other, on the free movement of persons, of 21 June 1999, they are treated as equal to nationals of a member state of the European Union.

With regard to the Republic of Austria:

Nationals of the Republic of Austria,

Persons entitled to indefinite leave to remain in the federal territory and to employment in the Republic of Austria,

Nationals of another member state of the European Union,

Nationals of another contracting state of the Agreement of 2 May 1992 concerning the European Economic Area (EEA Agreement),

Nationals of the Swiss Confederation, to the extent that, on the basis of the Agreement between the European Community and its member states, of the one part, and the Swiss Confederation, of the other, on the free movement of persons, of 21 June 1999, they are treated as equal to nationals of a member state of the European Union.

With regard to the Swiss Confederation:

Nationals of the Swiss Confederation,

Holders of a settlement permit within the Swiss Confederation,

Nationals of a member state of the European Union or of a member state of the European Free Trade Association.

(2) Where according to these provisions persons can be classified as being from at least two Contracting Parties, the co-producers shall agree upon their classification. If no agreement is reached, these persons shall be classified as being from the State of the co-producer to whom they are under a contractual obligation.

(3) The participation of persons who do not meet the requirements of Paragraph 1 shall be permitted in exceptional cases and in accordance with the requirements of the film by mutual agreement of the competent authorities of the Contracting Parties. Exceptions cannot be made for directors and producers.

Article 8. Rights to the films

(1) Each of the co-producers shall be a part owner of the original negative (picture and sound). In addition, each co-producer shall be entitled to printed source material such as the inter-negative, sound negative and similar material in the co-producer's own language. The production of an inter-negative or similar digital master material in a language other than that of the Contracting Parties shall require the consent of the co-producers.

(2) An original or dubbed final version of the film shall be produced in one of the respective home languages, which, if necessary, shall be subtitled in German. Each version can contain dialogues in another language if the script so requires.

Article 9. Naming of the co-producers and exhibition at film festivals

(1) The opening and closing credits of a co-production must indicate that the work in question is a co-production of the co-producers of the participating Contracting Parties.

(2) As a rule, a co-produced film shall be shown at film festivals as a contribution of the majority producer or of the producer who supplied the director. By mutual agreement the film can also be shown as a contribution of several co-producers.

Article 10. Co-productions with producers from other states

(1) The competent authorities shall also accept as co-productions films which have been made by co-producers of the Contracting Parties with the participation of producers from other states with which one of the participating Contracting Parties has concluded co-production agreements.

(2) The conditions for approval of such films must be examined on a case-by-case basis by the competent authorities prior to the commencement of filming.

Article 11. Mutual information

The competent authorities shall inform each other regularly about questions in connection with the granting, rejection, amendment and revocation of approvals for co-productions.

Article 12. Promotion of the distribution of films from the territory of the Contracting Parties

The Contracting Parties reaffirm their will to support, with the limits of their means, the distribution and utilisation in each of the countries of films from the respective other country.

Article 13. Joint Commission

(1) A Joint Commission shall be established comprising representatives of the Governments; the competent authorities, in participation of the national promotion institutions; and of the film industry professionals of the Contracting Parties. The Commission shall as a rule meet every two years alternately at the invitation of one of the three Contracting Parties, in order to regularly review the implementation of this Agreement, in particular with regard to Article 6, and to propose amendments, as appropriate. The Joint Commission may also discuss proposals and initiatives that promote further co-operation in the field of films.

(2) At the request of one of the Contracting Parties, the Joint Commission shall be convened by this Contracting Party within three months.

Article 14. Final provisions

(1) This Agreement shall be concluded for an indefinite period.

(2) The Government of the Republic of Austria shall act as the depositary of this Agreement. This Agreement shall enter into force 30 days following upon the day on which the Contracting Parties notify the depositary that the domestic requirements for its entry into force have been fulfilled. The determining date shall be the date of receipt of the last notification. The depositary shall inform the Contracting Parties of the date of entry into force.

(3) The bilateral agreements concluded between the Contracting Parties on the co-production of films shall cease to have effect upon the entry into force of this Agreement.

(4) Each Contracting Party may terminate this Agreement, in writing, through the diplomatic channel. The Agreement shall cease to have effect for all Contracting Parties one year after the date of receipt of the termination, of which the other two Contracting Parties must be informed.

(5) The conclusion of co-productions and financial co-productions that were approved before this Agreement ceased to have effect shall not be affected by the Agreement ceasing to have effect.

(6) Registration of this Agreement with the Secretariat of the United Nations, in accordance with Article 102 of the United Nations Charter, shall be initiated by the depositary immediately following its entry into force. The other Contracting Parties shall be informed of the registration, and of the UN registration number, as soon as this has been confirmed by the Secretariat of the United Nations.

DONE in Berlin on 11 February 2011 in three originals in the German language.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

CORNELIA PIEPER

BERND NEUMANN

For the Government of the Republic of Austria:

CLAUDIA SCHMIED

For the Government of the Swiss Confederation:

DIDIER BURKHALTER

ANNEX TO THE AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY, THE GOVERNMENT OF THE
REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE GOVERNMENT OF THE SWISS
CONFEDERATION ON CO-OPERATION IN THE FIELD OF FILM

PROCEDURAL RULES FOR THE REQUEST FOR APPROVAL OF A CO-
PRODUCTION IN ACCORDANCE WITH THIS AGREEMENT

1. Request for approval

In order to benefit from the provisions of the Agreement, the co-producers of the Contracting Parties must submit the request for approval as a co-production according to the following procedures:

a) For co-productions (according to Article 4, paragraphs (1) and (2)): to the respective competent authority, four weeks prior to the commencement of filming.

b) For co-productions with a minority participation of less than 20% (according to Article 4, Paragraph (3)) and for co-financings (according to Article 5): to the respective competent authority, two months prior to the commencement of filming.

2. Application file:

The request should, in particular, include the following documents:

a detailed script or other manuscript providing an adequate indication of the planned subject and treatment;

lists of the personnel and cast with indications of their functions and roles, and the nationality of the participants;

an estimate of the cost or possible cost of the author's rights to the subject and script;

the co-production contract concluded between the co-producers, subject to the approval of the authorities, which details the allocation of the proceeds/areas of exploitation. The income from all forms of exploitation shall be shared in proportion to the financial participation of each co-producer. Where areas or regions of exploitation are stipulated, the market size and value shall be taken into account;

the arrangement for the participation of each co-producer;

the arrangement regarding the respective shares of the co-producers in any additional costs. In principle, such shares shall be proportional to their respective financial contributions, although the share of the minority producer may be limited to a lower percentage or to a fixed amount;

the estimate of the probable total cost and a detailed financing plan;

a summary of the technical contribution of the participating Contracting Parties;

a summary of the artistic contribution of the participating Contracting Parties;

a work schedule with information on the proposed shooting locations for production of the film.

3. Decisions of the authorities:

The authorities may also require other documentation and information necessary for their assessment of the project.

The authorities of the states of the co-producers with minority financial participation may grant their approval only after they have been informed of the corresponding decision by the authority of the state of the co-producer with the majority participation. In principle, the competent authorities of the state of the majority co-producer shall inform the competent authorities of the states of the minority co-producer of their proposed decision within 20 days from the receipt of all the documents. In principle, the competent authorities of the states of the minority co-producer shall make their decision known within the following seven days.

Subsequent amendments to the co-production contract shall be submitted without delay to the competent authorities for approval.

Approval may be made subject to conditions and additions which ensure compliance with the provisions of the Agreement.

[TRANSLATION – TRADUCTION]¹

Accord trilatéral

entre le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, le gouvernement de la République d'Autriche et le gouvernement de la Confédération suisse sur la coopération en matière cinématographique

*Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne,
le gouvernement de la République d'Autriche et
le gouvernement de la Confédération suisse
(ci-après «les Parties contractantes»),*

conscients que les coproductions audiovisuelles peuvent fournir une contribution importante au développement de l'industrie cinématographique et des échanges économiques et culturels entre les trois Etats,

désireux d'exprimer et de promouvoir les relations particulièrement étroites entre les trois Etats en facilitant la coopération en matière cinématographique,

désireux de favoriser en particulier, au niveau bilatéral et trilatéral, la coproduction de films propres à encourager la création cinématographique dans les trois Etats, et compte tenu des particularités résultant de la taille différente des marchés des trois Etats au sein d'une même aire linguistique,

sont convenus de ce qui suit:

Art. 1 Objet

Les Parties contractantes traiteront les films destinés avant tout à la projection en salle et réalisés par des producteurs des Parties contractantes en coproduction bi- ou trilatérale selon les dispositions du présent Accord, dans le cadre du droit national respectif en vigueur.

Art. 2 Reconnaissance et procédure

¹ Les films réalisés dans le cadre du présent Accord sont considérés comme des films nationaux.

¹ Translation supplied by from the Government of Switzerland – Traduction fournie par du Gouvernement

² Les subsides et autres avantages financiers accordés à un coproducteur sur le territoire d'une Partie contractante sont régis par le droit national respectif.

³ Les coproductions auxquelles s'applique le présent Accord doivent être reconnues comme telles par les autorités compétentes des Parties contractantes après entente mutuelle.

⁴ La demande de reconnaissance d'une coproduction est déposée auprès des autorités compétentes respectives selon les dispositions d'exécution fixées à l'annexe. Ces autorités sont:

- a) en République fédérale d'Allemagne: le Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) et la Filmförderungsanstalt (FFA);
- b) en Autriche: le Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend;
- c) en Suisse: l'Office fédéral de la culture.

⁵ La reconnaissance est accordée sous réserve d'une réalisation du film qui soit conforme à l'accord.

Art. 3 Coproducteurs

¹ Les avantages prévus au titre d'une coproduction sont accordés aux coproducteurs reconnus par les autorités compétentes respectives des Parties contractantes comme ayant une organisation technique et financière adéquate ainsi que des qualifications professionnelles et une expérience suffisantes.

² Pour bénéficier des avantages du présent Accord, les coproducteurs doivent satisfaire aux exigences nationales respectives.

Art. 4 Participation minimale aux coproductions

¹ La participation des coproducteurs comporte des apports financier, artistique et technique. L'apport artistique et technique de chaque coproducteur doit être en principe proportionnel à son apport financier.

² La participation respective aux coûts de réalisation d'un film s'élève en principe à 20 % au moins.

³ Une participation respective de 10 % au moins peut être autorisée à titre exceptionnel et moyennant l'accord de toutes les Parties impliquées.

Art. 5 Participation exclusivement financière (cofinancement)

Les coproductions auxquelles un ou plusieurs coproducteurs ne participent que financièrement peuvent être reconnues comme telles, au sens du présent Accord, si cette participation financière est comprise entre 10 et 20 % des coûts de production.

Art. 6 Equilibre entre les Parties contractantes

¹ Il est établi un équilibre entre les Parties contractantes tant en ce qui concerne les apports artistique et technique qu'en ce qui concerne les participations financières. Lors de l'examen de cet équilibre, une attention particulière sera portée à la participation financière.

² Les autorités compétentes des Parties contractantes respectives dressent un tableau des films réalisés en coproduction ou en cofinancement ainsi que des promesses accordées à des coproductions ou cofinancements. A cet effet, elles tiendront compte des paramètres suivants:

- a) participation financière, artistique et technique des coproducteurs respectifs aux coproductions;
- b) participation financière des coproducteurs respectifs aux cofinancements;
- c) subsides officiels et autres avantages financiers accordés par les Parties contractantes aux coproductions ou cofinancements.

³ Lors de ses réunions, la Commission mixte (art. 13) examine si cet équilibre a été respecté. Dans le cas contraire, elle prend les mesures qu'elle juge nécessaires pour le rétablir.

Art. 7 Personnes associées à la réalisation d'un film

¹ Les personnes associées à la réalisation d'un film doivent appartenir à l'une des catégories suivantes:

Pour la République fédérale d'Allemagne:

- citoyens allemands au sens de la Constitution (*Grundgesetz*),
- représentants de la culture allemande domiciliés à titre permanent en République fédérale d'Allemagne,
- ressortissants d'un autre Etat membre de l'Union européenne,
- ressortissants d'un autre Etat partie au Traité du 2 mai 1992 sur l'Espace économique européen,
- ressortissants de la Confédération suisse pour autant qu'ils soient assimilés à des ressortissants d'un Etat membre de l'Union européenne en vertu de l'accord du 21 juin 1999 entre la Confédération suisse, d'une part, et la Communauté européenne et ses Etats membres, d'autre part, sur la libre circulation des personnes.

Pour la République d'Autriche:

- ressortissants de la République d'Autriche,
- personnes au bénéfice d'un permis de séjour illimité en Autriche et autorisées à y travailler,

- ressortissants d'un autre Etat membre de l'Union européenne,
- ressortissants d'un autre Etat partie au Traité du 2 mai 1992 sur l'Espace économique européen,
- ressortissants de la Confédération suisse pour autant qu'ils soient assimilés à des ressortissants d'un Etat membre de l'Union européenne en vertu de l'accord du 21 juin 1999 entre la Confédération suisse, d'une part, et la Communauté européenne et ses Etats membres, d'autre part, sur la libre circulation des personnes.

Pour la Confédération suisse:

- ressortissants de la Confédération suisse,
- détenteurs d'un permis d'établissement sur le territoire de la Confédération,
- ressortissants d'un Etat membre de l'Union européenne ou de l'Association européenne de libre-échange.

² Si, en vertu des présentes dispositions, des personnes peuvent être attribuées à au moins deux des Parties contractantes, il incombe aux coproducteurs de trancher la question de l'attribution. Faute d'accord entre les coproducteurs, ces personnes sont attribuées à l'Etat du coproducteur qui les a engagées par contrat.

³ A titre exceptionnel et si le film l'exige, la participation de personnes ne remplissant pas les conditions énoncées à l'al. 1 peut être autorisée avec l'accord des autorités compétentes des Parties contractantes. Cette dérogation est cependant impossible pour les réalisateurs et les producteurs.

Art. 8 Droits sur les films

¹ Chaque coproducteur est copropriétaire du négatif original (son et image). En outre, chaque coproducteur a un droit sur les sources des copies (internégatif, négatif son, etc.) dans sa version linguistique particulière. Le tirage d'un internégatif ou d'un master numérique comparable pour une autre langue que celle des Parties contractantes nécessite l'accord des coproducteurs.

² A partir de la version définitive du film, on réalisera une version originale ou synchronisée dans l'une des langues nationales respectives, version qui sera sous-titrée au besoin en allemand. Chaque version peut comprendre des dialogues dans une autre langue pour autant que le scénario le prévoit.

Art. 9 Mention des coproductions et présentations dans des festivals de cinéma

¹ Les génériques d'un film coproduit doivent mentionner qu'il s'agit de l'œuvre commune des coproducteurs des Parties contractantes impliquées.

² Dans les festivals de cinéma, les films coproduits sont généralement présentés comme étant l'ouvrage du producteur majoritaire ou du producteur qui a engagé le réalisateur. Après entente, un film peut cependant aussi être présenté comme étant l'ouvrage de plusieurs coproducteurs.

Art. 10 Coproductions impliquant des producteurs d'autres Etats

¹ Les autorités compétentes peuvent aussi reconnaître comme coproductions des films réalisés par des coproducteurs des Parties contractantes en collaboration avec des producteurs d'autres Etats avec lesquels une des Parties contractantes impliquées a conclu des accords sur les coproductions.

² Les conditions d'admission de tels films doivent être examinées de cas en cas par les autorités compétentes, avant le début du tournage.

Art. 11 Information mutuelle

Les autorités compétentes se communiquent régulièrement les informations relatives à l'octroi, au refus, à la modification ou à la révocation de la reconnaissance de coproduction.

Art. 12 Promotion de la diffusion de films venant d'autres Parties contractantes

Dans la mesure de leurs possibilités, les Parties contractantes ont la ferme intention de faciliter la diffusion et l'exploitation de films venant d'une autre Partie contractante.

Art. 13 Commission mixte

¹ Il est institué une Commission mixte, composée de représentants des gouvernements et des autorités compétentes, avec la participation des institutions d'encouragement nationales et des milieux professionnels concernés des Parties contractantes. Cette commission se réunit en principe tous les deux ans sur invitation, à tour de rôle, de l'une des Parties contractantes, pour veiller régulièrement à l'application du présent Accord, notamment de l'art. 6, et proposer au besoin des modifications. La Commission mixte peut aussi examiner des propositions et initiatives de nature à développer la coopération en matière cinématographique.

² A la demande d'une des Parties contractantes, la Commission mixte est convoquée par la Partie demandeuse dans un délai de trois mois.

Art. 14 Dispositions finales

¹ Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée.

² Le gouvernement de la République d'Autriche est le dépositaire du présent Accord. Celui-ci entre en vigueur 30 jours après la date à laquelle les Parties contractantes auront communiqué au dépositaire que les conditions intérieures pour l'entrée en vigueur sont remplies. La date déterminante pour le calcul du délai de 30 jours est le jour de réception de la dernière communication. Le dépositaire notifie aux Parties contractantes la date de l'entrée en vigueur.

³ Les accords bilatéraux conclus antérieurement entre les Parties contractantes sur la coproduction de films s'éteignent dès l'entrée en vigueur du présent Accord .

⁴ Chaque Partie contractante peut dénoncer le présent Accord par écrit, par la voie diplomatique. L'accord est abrogé pour toutes les Parties contractantes un an à compter de la réception de la dénonciation, laquelle doit être communiquée aux deux autres Parties.

⁵ L'abrogation du présent Accord n'affecte pas l'achèvement de coproductions ou cofinancements reconnus avant cette abrogation.

⁶ L'enregistrement du présent Accord auprès du secrétariat des Nations Unies (art. 102 de la Charte des Nations Unies) incombe au dépositaire immédiatement après son entrée en vigueur. Les autres Parties contractantes sont informées de cet enregistrement par communication du numéro ONU dès que le secrétariat des Nations Unies l'a confirmé.

Fait à Berlin, le 11 février 2011 en trois originaux en langue allemande

Pour le
Gouvernement de la République
fédérale d'Allemagne

Cornelia Pieper
Bernd Neumann

Pour le
Gouvernement de la
République d'Autriche

Claudia Schmied

Pour le
Gouvernement de la
Confédération suisse

Didier Burkhalter

³ Ac. de coproduction entre la Suisse et l'Autriche du 11 mai 1990 [RO 1990 1860]; Ac. du 6 juin 1984 entre le Gouvernement de la Confédération suisse et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne sur les relations cinématographiques [RO 1986 477].

⁴ RS 0.120

Règles de procédure concernant la demande de reconnaissance d'une coproduction aux termes du présent Accord

1. Demande de reconnaissance

Pour bénéficier des dispositions de l'Accord, les producteurs des Parties contractantes doivent déposer auprès de leur autorité compétente respective une demande de reconnaissance selon les modalités suivantes:

- a) pour les coproductions (art. 4, al. 1 et 2): quatre semaines avant le début du tournage;
- b) pour les coproductions avec participation minoritaire de moins de 20 % (art. 4, al. 3) et pour les cofinancements (art. 5): deux mois avant le début du tournage.

2. Dossier

La demande sera accompagnée en particulier des documents suivants:

- le scénario détaillé ou tout autre manuscrit donnant suffisamment d'informations sur le sujet prévu et la façon de le traiter;
- deux listes, l'une indiquant les membres de l'équipe et leurs activités, l'autre la distribution des rôles, avec chaque fois la nationalité des intéressés;
- un document attestant l'acquisition ou l'acquisition possible des droits d'auteur sur le sujet et le scénario;
- le contrat de coproduction passé entre les coproducteurs sous réserve de l'approbation des autorités. Ce contrat précise la répartition prévue des bénéfices et des domaines d'exploitation; les recettes issues de tous les types d'exploitation seront réparties en fonction de la participation financière de chaque coproducteur; en cas de délimitation des territoires et des domaines d'exploitation, il sera tenu compte de la taille des marchés et de leur valeur;
- l'arrangement conclu par les coproducteurs concernant leur participation à d'éventuels frais supplémentaires. La participation de chaque producteur est en principe proportionnelle à son apport financier, celle du producteur minoritaire pouvant toutefois être limitée à un pourcentage inférieur ou à un certain montant;
- le budget et un plan de financement détaillé;
- un aperçu de l'apport technique des Parties contractantes impliquées;
- un aperçu de l'apport artistique des Parties contractantes impliquées;
- un échéancier (plan de travail) indiquant les lieux de tournage prévus.

3. Décisions des autorités

Afin d'être mieux à même d'apprécier le projet de film, les autorités peuvent demander des documents et explications supplémentaires.

Les autorités des pays à participation financière minoritaire ne peuvent accorder la reconnaissance qu'après avoir reçu l'avis des autorités du pays à participation financière majoritaire. Les autorités compétentes du pays du producteur majoritaire adressent leur proposition de décision aux autorités compétentes des pays des producteurs minoritaires en principe dans les vingt jours suivant la réception du dossier complet de la demande. Quant aux autorités des pays des producteurs minoritaires, elles doivent en principe donner leur avis dans les sept jours à compter de la réception de cette proposition.

Les modifications apportées ultérieurement au contrat de coproduction doivent être soumises sans délai à l'approbation des autorités compétentes.

La reconnaissance peut être assortie de conditions et charges garantissant le respect des dispositions de l'Accord.